

Per Mail

Offener Brief

An den
Vorsitzenden der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Sigmar Gabriel
Wilhelmstraße 141 / Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

13. Dezember 2013

Deine Mitglieder-Rundmail vom 9. Dezember

Lieber Sigmar Gabriel!

Ich war seit 1969 für die SPD in Wahlkämpfen, seit 1971 als Mitglied und über 40 Jahre in diversen parteilichen Funktionen, öffentlichen Mandaten und Ämtern aktiv. Zuletzt 2012 als Landesdelegierter in Schleswig-Holstein. Dabei konnte ich mir einige Grundregeln in Sachen Demokratie aneignen.

Nun wertest Du in Deiner Mail an die SPD-Mitglieder vom 9. Dezember das Mitgliedervotum als einen Erfolg:

„In Sachen Mitgliederbeteiligung haben wir neue Maßstäbe gesetzt. Die ganze Partei hat mitdiskutiert, mitgemacht, mit sich gerungen und mitentschieden. So viel innerparteiliche Demokratie gab es noch nie. ... Dass das Mitgliedervotum ein Erfolg wird, daran haben alle Genossinnen und Genossen einen Anteil, die den Weg der Demokratie mitgegangen sind: in vielen Regionalkonferenzen, in den Ortsvereinen, am Stammtisch und im Netz.“

Dabei irritiert mich, dass Regionalkonferenzen auch in Schleswig-Holstein mit einem Zitat Willy Brandts "mehr Demokratie wagen" kommuniziert werden, obwohl eingeladene Mitglieder und Gäste nicht frei reden durften. Die sh:z (Schleswig-holsteinischer Zeitungsverlag) hat am 3.12.2013 über die erste Regionalkonferenz in Schleswig-Holstein, in Rendsburg, berichtet und u.a. festgestellt:

"Statements sind nicht erlaubt".

Erlaubt war es lediglich, schriftlich eine Frage an das Podium anzumelden, wobei es dem Moderator oder wem auch immer vorbehalten war, die in Stimm-Urnen eingesammelten Fragen zu sortieren, zu bündeln und im Laufe des Abends vorzutragen oder eben auch nicht. Wenn es dem Moderator opportun erschien, durfte das Parteimitglied/der Gast seine Frage auch selbst vortragen. Allerdings musste ich im NDR sehen, wie einem Genossen, der nicht nur fragen sondern ein Statement abgeben wollte, das Mikrofon entzogen wurde.

„Meintest Du das mit „Maßstäbe setzen“ und "den Weg der Demokratie mitgehen"?"

Ein in Rendsburg zufällig neben mir Platz nehmendes Mitglied des Landesvorstands hat auf Fragezettel und Procedere mit den Worten reagiert:

"Ich bin irritiert. So war das im Landesvorstand nicht abgesprochen."

Wer aber hat die Regionalkonferenzen beschlossen und deren Abläufe zu verantworten?

Ralf Stegner selbst hat mir diese Frage nicht beantwortet, sondern per Mail die unbestreitbaren Fakten mit Chuzpe bestritten und mich als Fragesteller als „larmoyant“ zu diffamieren versucht. Deshalb wende ich mich an Dich als Bundesvorsitzenden.

Die Regionalkonferenz am darauffolgenden Tag in Pinneberg habe ich per Livestream verfolgt und folgendes (erneut) feststellen dürfen:

- 10 Min. Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden inkl. Empfehlung mit JA zu stimmen,
- 30 Minuten Einführung durch den Landesvorsitzenden inkl. Empfehlung mit JA zu stimmen,
- 5 Minuten (verteilt über den Abend) Vorlesen der Fragen durch den Moderator und
- 65 Minuten Beantwortung durch Parteiprominente, die ihre "Antworten" mehrfach inkl. Empfehlung mit JA zu stimmen beendeten.

Parteiischer geht es ja wohl nicht.

In Lübeck bei der dritten und letzten Regionalkonferenz hier im Norden hat dankenswerterweise einzig der Kreisvorsitzende die Begrüßung nutzen können, seine Kritik und ablehnende Haltung zur Großen Koalition zu begründen. Der Rest der Veranstaltung? Wie die Abende zuvor.

In keinem der von mir im Laufe der vier Jahrzehnte besuchten (Kommunal-)Politik-Seminare der Partei, der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik hatte man es versäumt darauf hinzuweisen:

Zur freien Entscheidung gehören zwingend die faire Information über Pro und Kontra und die freie Rede in der Debatte.

Und von Seiten des Bundesvorstands wird den Abstimmungsunterlagen der Mitglieder auch noch ein 35-fach unterzeichnetes Werbeschreiben für ein JA beigelegt. Das entstellt dieses schiefe Bild von innerparteilicher Demokratie zusätzlich.

Willy Brandt, der in diesen Tagen 100 Jahre alt geworden wäre, wird vielfach zitiert mit dem Satz aus seiner Regierungserklärung von 1969 "wir wollen mehr Demokratie wagen". Mittels Änderung des Bundesbaugesetzes wurde in seiner Regierungszeit so z.B. die frühzeitige Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung (ehemals § 2a BauG; heute ähnlich §3 BauGB) eingeführt.

Die betroffene Öffentlichkeit sollte nicht länger erst dann von einem Planvorhaben erfahren, wenn hunderte Seiten Pläne und Begründungen detailliert ausgearbeitet und die Positionen längst festgelegt waren. Sie sollten frühzeitig, möglichst schon zum Zeitpunkt der Zielefestlegung am Verfahren beteiligt werden und Einfluss nehmen können.

Dieses frühzeitige Beteiligen der Betroffenen an Entscheidungsprozessen verstanden Sozialdemokraten unter "mehr Demokratie wagen".

Heute veranstaltet der Parteivorstand derselben Partei ein Mitgliedervotum erst nachdem ein 185-seitiger Koalitionsvertrag parafiert ist und nur noch die „unter vorgehaltener Hand“ alternative Wahl zwischen „JA sagen“ oder „Vorstand stürzen“ besteht. Und ich muss dazu noch erleben, dass dies als ein Meilenstein innerparteilicher Demokratie gepriesen wird. Sind wir alle so vergesslich?

Weshalb gilt das, was wir schon in den siebziger Jahren für die Bürgerinnen und Bürger erkämpft haben, vierzig Jahre danach analog nicht auch für alle SPD-Mitglieder?

Hätte einem "mehr Demokratie wagen" nicht eher entsprochen, unmittelbar nach der Bundestagswahl die Organisation, sprich die Mitglieder an der Basis in den Ortsvereinen,

- nach den Ursachen der erneuten Niederlage (z.B. dem Scheitern der Ausschließertis),
- nach eventuell notwendigen personellen Konsequenzen (z.B. dem Verzicht auf ein "weiter so" im Fraktionsvorsitz - wie schon 2009) und
- nach einer Präferenz der Mitglieder, betreffend die bestehenden Optionen „Opposition“, „rot-rot-grün“ oder auch „schwarz-rot“,

zu befragen?

Damit hätten wir „mehr Demokratie gewagt“ und Willy Brandt wirklich geehrt.

Lieber Sigmar Gabriel, so wie das Mitgliedervotum durchgeführt und zumindest in Schleswig-Holstein begleitet und gelenkt worden ist, komme ich zu dem Schluss:

„Aus meiner Sicht ist das Mitgliedervotum nicht auf demokratischem Wege zustande gekommen.“

Für Informationen zu den Verfahrensentscheidungen danke ich Dir schon jetzt und verbleibe

mit solidarischen Grüßen



P.S.: Nachdem ich in der Frage des Mitgliedervotums fast täglich von Dir oder Andrea positive Entscheidungsempfehlungen und Bewertungen nicht nur per Mail sondern auch via Medien erhalten habe, erlaube ich mir dieses Schreiben an Dich betreffend die sehr späte Befragung und die undemokratischen Abläufe der Regionalkonferenzen in Schleswig-Holstein als **Offenen Brief** ebenfalls den Medien zukommen zu lassen.